

Pressemitteilung

31. März 2020

Kein Investor für Omniplast Deutschland GmbH

- Insolvenzverwalter Dr. Michael Lojowsky muss Geschäftsbetrieb einstellen
- 96 Mitarbeitende wechseln in Transfergesellschaft
- Anhaltende hohe Verluste machen Fortführung unmöglich

Ehringshausen. Die Omniplast Deutschland GmbH, bekannter Hersteller von Kunststoffrohrsystemen mit Hauptsitz im hessischen Ehringshausen, muss seinen Geschäftsbetrieb einstellen. Das teilt der vom Amtsgericht Wetzlar am Montag zum Insolvenzverwalter bestellte Rechtsanwalt Dr. Michael Lojowsky mit. Selbst eine gezielte Suche nach Investoren mit Hilfe eines spezialisierten Beratungsunternehmens habe keine ernsthaften Interessenten zu Tage gefördert. Aufgrund der hohen operativen Verluste von rund vier Millionen Euro pro Jahr sei eine weitere Fortführung im Insolvenzverfahren leider nicht möglich.

Die Omniplast Deutschland GmbH hatte am 20. Januar 2020 einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung beim Amtsgericht Wetzlar gestellt. Die Eigenverwaltung zielt darauf ab, dass die Geschäftsführung des Unternehmens im Amt bleibt und die Sanierung selbst vorantreiben kann. Überwacht wird sie dabei von einem vorläufigen Sachwalter, den das zuständige Amtsgericht bestellt. Dr. Lojowsky begleitete den Restrukturierungsprozess seitdem zunächst als vorläufiger Sachwalter und wurde mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens zum 30. März zum Insolvenzverwalter bestellt. Omniplast hatte angesichts der nicht mehr bestehenden Fortführungsmöglichkeit den Antrag auf Eigenverwaltung zurückgezogen.

Dr. Lojowsky und die Geschäftsführung von Omniplast, die sich von der auf Sanierung in Eigenverwaltung spezialisierten Wirtschaftskanzlei Buchalik Brömmekamp aus Düsseldorf beraten ließ, hatten den Geschäftsbetrieb zunächst uneingeschränkt aufrechterhalten können. Parallel prüften sie Möglichkeiten einer Sanierung des Unternehmens mit Hilfe eines Insolvenzplans sowie die Möglichkeit, einen Investor zu finden, der das Unternehmen übernimmt und mit frischem Geld ausstattet. „Leider mussten wir feststellen, dass die Suche nach Investoren am Ende nicht zu dem erhofften Erfolg führte“, konstatiert Dr. Lojowsky. „Deshalb mussten wir schweren Herzens die Entscheidung treffen, den Geschäftsbetrieb einzustellen. Eine Fortführung wäre nur unter hohen Verlusten und damit nur mit einer Schädigung der Gläubiger möglich. Das ist aber gesetzlich verboten.“

Bereits vor der Insolvenzeröffnung wurde für die 112 Arbeitnehmer bei Omniplast Deutschland zwischen den Beteiligten ein Sozialplan und Interessensausgleich verhandelt. 95 Arbeitnehmer wechseln in eine dreimonatige Transfergesellschaft, in der sie weiterqualifiziert und in neue Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden sollen.

Pressemitteilung

Omniplast wurde im Jahr 1955 gegründet und galt als einer der ersten Hersteller von Kunststoffrohrsystemen für Frisch- und Abwasser in Europa.

**Pressekontakt:**

Pressesprecher: Ingo Schorlemmer

Mail: ISchorlemmer@schultze-braun.de,

Telefon: 07841/708-128

Pressemitteilung unter: www.schultze-braun.de/newsroom

Bleiben Sie mit uns in Kontakt:

**Über Schultze & Braun**

Schultze & Braun ist ein führender Dienstleister für Insolvenzverwaltung und Beratung im Sanierungs- und Insolvenzrecht. Mit rund 700 Mitarbeitern an mehr als 40 Standorten in Deutschland und dem europäischen Ausland unterstützt Schultze & Braun Unternehmen vor Ort, bundesweit und international in allen rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Fragestellungen.